

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Erscheint jeden Freitag nachmittags. — Fernspr. Nr. 11 u. 28. Postfachkonto Leipzig 28464. — Gemeindegeldkonto 14. Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einwendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konturgen, Vergleichen usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Hiltensgrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Fernsdorf, Bernsdorf, Müseldorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenchursdorf, Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Dirschheim, Rühlschnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Rußdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemeinschaften bestim�mte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 125

Der Raum des Millimeters der einseitigen Anzeigen-zeile kostet 7 Pfa., der einseitigen Reklamezeile 21 Pfa. Für den Nachweis werden 26 Goldpfennige berechnet.

Dienstag, den 2. Juni 1931

Bezugspreis halbmönatlich 90 Goldpfennige einschließlich Trägerlohn

81. Jahrg.

Letzte Warnungssignale an den Reichskanzler

Proteste aus allen Lagern gegen den vermutlichen Inhalt der neuen „Sanierungsmaßnahmen“

Die neue Notverordnung in ihren Grundzügen fertig

Berlin, 2. Juni

Die Beratungen des Reichskabinetts über die neue Notverordnung zogen sich am Montag bis gegen Mitternacht hin. Ein amtlicher Bericht wurde nicht ausgegeben.

Wie wir erfahren, hat das Kabinett die Aussprache über die geplanten Sanierungsmaßnahmen zum Abschluß gebracht. Die Redaktion der Notverordnung wird morgen erfolgen. Ihre endgültige Verabschiedung durch das Kabinett ist für Mittwoch vorgesehen, woraufhin dann die Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten vorgenommen werden soll. Ihre Veröffentlichung wird in den nächsten politischen Kreisen für den Anfang der kommenden Woche erwartet.

Die Ministerpräsidenten der Länder sind für Dienstag nach Berlin berufen, damit ihnen die Notverordnung vorgelegt werden kann.

Vertrauliche Besprechungen mit den Beamten

Berlin, 1. Juni

Der Reichskanzler empfing im Laufe des heutigen Vormittags in Gegenwart der Reichsminister Dietrich, Wirth, Schädel und von Güterard Vertreter des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Reichsbundes der höheren Beamten zu einer vertraulichen Aussprache über die Frage der weiteren zwischen 4 bis 8 Prozent gestaffelten Gehaltsstützung der Beamten. Der Reichskanzler legte den Standpunkt der Reichsregierung dar und nahm die Auffassung der Vertreter der Beamenschaft entgegen.

Die Kommunisten fordern Einberufung des Reichstages

Berlin, 1. Juni

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat ein Schreiben an den Präsidenten des Reichstages gerichtet, in welchem sie die von der Reichsregierung beabsichtigte Notverordnung aufs schärfste kritisiert und daran die Forderung nach Einberufung des Reichstages knüpft. In dem Briefe heißt es zum Schluß:

„Die kommunistische Reichstagsfraktion, die gegen die neuen Hungerpläne schärfstens protestiert, fordert die sofortige Einberufung des Reichstages, um den Parteien die Möglichkeit zu geben, sich zu den Absichten der Brüning-Regierung zu äußern und verlangt von der Reichsregierung, sich wegen dieser reaktionären Anschläge auf das werktätige Volk vor dem Reichstag zu verantworten.“

Ferner haben die kommunistischen Mitglieder des Ältestenrates die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt für den Fall, daß der Reichstagspräsident die Einberufung des Reichstages von sich aus ablehnt.

Die DVP meldet Widerspruch an

Berlin, 1. Juni

Aber die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei am Montag, die bis in die späten Abendstunden dauerte und an

der zeitweise auch Reichsaußenminister Dr. Curtius teilnahm, gibt die Fraktion folgenden Bericht aus:

„Die Reichstagsfraktion der DVP hat sich mit der gesamten politischen Lage befaßt. Sie wird nach der Veröffentlichung der von der Reichsregierung geplanten Verordnung und nach der Rückkehr des Reichsfinanzlers und des Reichsaußenministers aus England erneut zur Be-

schlußfassung über die innen- und außenpolitische Lage zusammengetreten. Schon jetzt aber wurde aufgrund der Pressmeldungen über die geplante Verordnung entschiedener Widerspruch gegen eine Reihe wesentlicher Punkte angemeldet. Die Fraktion bestätigte dabei erneut ihre Saarbündener Beschlüsse, wonach weitere Opfer bereitsteht deutscher Volkstreu nur tragbar seien, wenn die gleiche Regierung, die sie verlangt,

gleichzeitig aus eigenem Entschluß die Revisionverhandlungen in der Tributfrage in Gang bringt.“

In der Aussprache wurden, wie die DVP erwähnt, Bedenken in der Hauptsache gegen die Kürzung der Beamtengehälter geltend gemacht, da man hierin einen grundsätzlichen Bruch in der politischen Linienführung des Kabinetts Brüning erblickt. Auch die in Aussicht genommene Ermächtigung an das Reichskabinett, allgemein Arbeitszeitverkürzungen im Verordnungswege vorzunehmen, hat lebhaften Widerspruch ausgelöst, da sie zu einer Verteuerung und Erhöhung der Produktion führen müßten.

Des weiteren wurden die Gegenorschläge der DVP zum Sanierungsprogramm erörtert.

Der Parteiführer, Abg. Dingeldey, wird dem Reichskanzler im Laufe des Dienstag über die Auffassung der volksparteilichen Reichstagsfraktion und ihre Bedenken unterrichten.

Warnende Stimmen aus Sachsen

Dresden, 1. Juni

Der Verband Sächsischer Industrieller hat folgende Eingabe an die Deutsche Reichsregierung gerichtet:

„Die sächsische Industrie ist durch Zeitungs-meldungen über die Erwägungen und Pläne der Reichsregierung für die bevorstehende Notverordnung auf das schwerste beunruhigt.“

Wenngleich sich aus den Meldungen ein klares Bild nicht gestalten läßt, so gewinnt man doch den bestimmten Eindruck, daß innerhalb der Reichsregierung auch Vorschläge besprochen werden, die eine erneute Erhöhung der steuerlichen Belastung der Wirtschaft zum Gegenstand haben. Die letzten Jahre, insbesondere das Rechnungsjahr 1931, haben den einwandfreien Beweis erbracht, daß jede Erhöhung der steuerlichen Belastung der Wirtschaft zu einem Rückgang des Aufkommens und zu einer Vertiefung der Arbeitslosigkeit führen muß.

Die Industrie lebt heute zum weitaus größten Teile nur noch von der allmählichen Liquidierung ihres Betriebsvermögens, sie bedarf dringend einer steuerlichen Entlastung und ist völlig außerstande, neue Belastungen auf sich zu nehmen.

Eine Senkung der Selbstkosten der Industrie, die der Reichskanzler selbst am 23. Januar 1931 auf der Nottagung des Verbandes Sächsischer Industrieller in Chemnitz als erforderlich bezeichnet hat, ist bestimmt nicht auf dem Wege einer Erhöhung der Einkommensteuer, der Zuschläge zur Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erreichen. Dabei muß es als besonders bedauerlich und gesährlich bezeichnet werden, daß eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Zuschläge zur Einkommensteuer wiederum in ganz besonderem Maße den Einzelunternehmer belastet würde. Ist dieser Unternehmer durch die Steuerpolitik der letzten Jahre besonders hart getroffen worden, so ist es unverständlich, mit welcher Berechtigung man gerade ihn erneut belasten will, um so mehr als der Herr Reichskanzler am 23. Januar 1931 in Chemnitz den Schutz des Einzelunternehmers aus wirtschaft-

Der sozialdemokratische Parteitag

Leipzig, 1. Juni

Der erste Tag der eigentlichen Beratungen des sozialdemokratischen Parteitages hat noch nicht die endgültige Entscheidung über den Kurs der Partei gebracht. Vielmehr wird die eigentliche „Schlacht“ erst morgen geschlagen werden, wenn durch die Referate von Breitscheid und Collmann und in der daran anschließenden Aussprache die aktuellen politischen Probleme erörtert werden, die mit der Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Kabinett Brüning, zum Panzerkreuzer und zu der neuen Notverordnung zusammenhängen. Dabei ist aber schon zu beachten, daß das Kernproblem der morgigen Beratungen des Parteitages überhaupt nur die Stellung zu dem Kabinett Brüning ist, während Panzerkreuzer und Notverordnung nicht Probleme, sondern nur Symptome sind.

Schon in der heutigen Debatte hat sich gezeigt, daß der Parteivorstand eine kompakte Mehrheit von mehr als drei Vierteln aller Delegierten hinter sich hat. Die Opposition, die von den bekannten neun Abgeordneten gebildet wird, ist zwar recht reger gewesen; sie haben sich aber Männer wie z. B. Crippien entgegengestellt, deren Name gerade auf dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei einen guten Klang haben. So konnte Otto Wels nach der Abstimmung am Schluß des ersten Tages feststellen, daß die Tarnowskische Entschließung einstimmig angenommen worden war. Bei der Gegenprobe hatte sich keine Hand erhoben. In Kreisen, die über die Stimmung unter den Delegierten gut unterrichtet sind, gilt es denn auch als sicher, daß die überwältigende Mehrheit morgen hinter der Führung stehen wird. Das ist um so eher anzunehmen, als z. B. Breitscheid die Absicht hat, seinen Parteifreunden auch die Gefahren des jetzigen Kurses des Kabinetts Brüning mit aller Offenheit auseinanderzusetzen. Praktisch bedeutet diese Entschlüsselung, daß von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf Einberufung des Reichstages nicht zu erwarten ist. Darin dürfte für die Reichspolitik des wesentlichsten Moments und die Bedeutung des Leipziger Parteitages liegen.

In der Tarnowskischen Entschließung heißt es u. a.: Die gegenwärtige ökonomische Krise liefert einen neuen furchtbaren Beweis für die zunehmende Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Versorgung der Gesellschaft mit den vorhandenen Versorgungsmöglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Eine gewaltige Steigerung der produktiven Leistungsfähigkeit sei die unmittelbare Ursache der Massenverelendung. Wie in der Vergangenheit,

so wisse auch jetzt der Kapitalismus von sich aus keinen anderen Weg aus der Krise, als den der massenhaften Vernichtung von Produktionsmitteln, der künstlichen Verstopfung von Rohstoffquellen, der planmäßigen Einschränkung der Lebensmittelproduktion. Gleichzeitig aber würden Millionen und aber Millionen dem Hunger überantwortet.

Aus diesen wahnwitzigen Widersprüchen der geltenden Wirtschaftsordnung könne die Menschheit nur durch die Verwirklichung des Sozialismus befreit werden. Dafür die Arbeiterklasse zu organisieren sei die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften. Dabei sei sich der Parteitag bewußt, daß der Sturz des Kapitalismus nicht ein einmaliger kurzer Akt sein könne. Er vollziehe sich als ein Umwandlungsprozeß mit spätem Kampf zwischen der organisierten Arbeiterklasse und den großkapitalistischen Wirtschaftsmächten. Aus der engsten Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft ergebe sich die Notwendigkeit einer Politik für die Sicherung des Friedens, internationalen Abrüstung, Streichung der internationalen Kriegsschulden und Reparationen, Befestigung aller Hemmnisse im internationalen Güterausgleich, Abbau der Zollmauern, Abschluß langfristiger Handelsverträge, internationale Regelung des Kapitalstromes und Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht.

Für die innere Wirtschaftspolitik seien vor-dringliche Ausgaben: Die scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus, Herabsetzung der Zölle, systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschäftigungspolitik. Planmäßige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand, Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und Kreditinstitute. Der Parteitag fordert nach der Entschlüsselung die gesetzliche Verkürzung der zulässigen Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche. Die Lohnabbauoffensive sei unvereinbar mit den volkswirtschaftlichen Interessen, die zur Überwindung der Krise eine Stärkung der Massenkaufkraft erfordere. Sozialpolitik und die sozialen Einrichtungen müßten gestärkt und erweitert werden.

Der Parteitag beklagt es aufs tiefste, daß das Proletariat, das als Volksmehrheit nach der demokratischen Verfassung der Republik dazu berufen sei, die entscheidende politische Macht zu sein, von diesem Recht noch keinen ausreichenden Gebrauch gemacht habe. Die Verteilung der politischen Macht ließe deshalb noch im Gegensatz zur sozialen Struktur. Diesen Widerspruch aufzuheben sei die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung einer sozialeren Politik und der schnelleren Überwindung des Kapitalismus.